

IA27NEU6 Dringlichkeitsantrag: Rechtsstaatlichkeit ist nicht verhandelbar - Solidarität mit der pro-europäischen Zivilgesellschaft in Polen

Antragsteller*innen:

Antragstext

1 Bereits seit einigen Jahren blicken wir - die Jungen Europäischen
2 Föderalist:innen in Deutschland - mit großer Sorge auf die anti-demokratischen
3 Entwicklungen in einigen Mitgliedstaaten der EU und aus aktuellem Anlass
4 insbesondere in Polen. Die immer weiter fortschreitende Aushöhlung der Presse-
5 und Medienfreiheit, die politische Instrumentalisierung der Justiz sowie der
6 Umgang mit oppositionellen Kräften im Land stehen dabei in fundamentalem
7 Gegensatz zu unseren europäischen Werten. Diese Werte sind die Basis unserer
8 europäischen Zusammenarbeit und damit auch nicht verhandelbar. Wir erinnern
9 daran, dass auch Polen sich beim Beitritt zur EU 2004 zur Einhaltung dieser
10 Werte vertraglich verpflichtet hat.

11 Zu Verträgen gehört gerade nicht das einseitige Beziehen von Vorteilen, sondern
12 ein beidseitiges Einhalten von Rechten und Pflichten. Eine gemeinsame,
13 verbindliche Rechtsordnung, die gegenüber nationalem Recht einen Vorrang genießt
14 und von allen gleichermaßen anerkannt wird, ist die Grundlage für den
15 supranationalen, besonderen Charakter der Europäischen Union als wertebasierte
16 Rechtsgemeinschaft.

17 Das jüngste Urteil des polnischen Verfassungstribunals stellt nun jedoch eine
18 neue Stufe der Eskalation im Verhältnis zur Europäischen Union dar, indem
19 polnisches Recht letztlich über das EU-Recht gestellt wird. Erstmals in der
20 Geschichte der EU äußert ein nationales Gericht nicht nur Kritik an einzelnen
21 Punkten der europäischen Gesetzgebung, sondern erklärt fundamentale Prinzipien
22 sowie einzelne primärrechtliche Artikel des Europarechts für verfassungswidrig –
23 was in diesem Zusammenhang zumindest juristisch weiter geht als alles bisher
24 Bekannte.

25 Und auch wenn vor diesem Hintergrund gerne auf das EZB-Urteil des
26 Bundesverfassungsgerichts verwiesen wird, muss festgehalten werden, dass die
27 Dimension eine gänzlich andere ist, indem das polnische Gericht den Vorrang des
28 EU-Rechts so einseitig, pauschal sowie umfassend abgelehnt hat und noch nicht
29 einmal den Versuch unternahm, Ausnahmekonstellationen zu konstruieren.
30 Im Unterschied dazu erkennt das BVerfG ausdrücklich den Vorrang des EU-Rechts

31 prinzipiell an und akzeptiert den Vorrang lediglich in einem punktuellen, eher
32 technischen Bereich nicht.

33 Ohne die Anerkennung dieses Vorranges des EU-Rechts vor nationalem (Verfassungs-
34)recht wird die Europäische Union zurückgestuft zu einem Staatenbund – was eine
35 völlig andere Form des Zusammenschlusses ist und uns als Föderalist:innen noch
36 weiter von unserer Vision eines Europäischen Bundesstaates zurückwirft. Diese
37 einseitige Auflösung des Vorranganspruchs durch einen einzigen Mitgliedstaat ist
38 ein beispielloser Vorgang, den wir so nicht stehen lassen dürfen, denn damit
39 kann die EU keine supranationale Rechtsgemeinschaft mehr sein! Dass europäische
40 Fördermittel unter diesen Umständen nicht mehr uneingeschränkt ausgezahlt werden
41 können, nachdem Polen mit beiden Beinen außerhalb der europäischen Rechtsordnung
42 steht, sollte jetzt allen klar sein. Dies ist auch für das Vertrauen der
43 europäischen Bürger:innen in die EU-Institutionen und die Glaubwürdigkeit der
44 europäischen Grundwerte unerlässlich.

45 Das polnische Verfassungstribunal sägt an den Grundpfeilern der europäischen
46 Zusammenarbeit. Dies können und wollen wir als überzeugte Europäer:innen nicht
47 hinnehmen. Sollte die polnische Regierung diesen Weg fortführen, schließt sie
48 sich damit selbst aus der europäischen Gemeinschaft aus.

49 Gleichzeitig nehmen wir mit Freude zur Kenntnis, dass die pro-europäischen
50 Kräfte der Zivilgesellschaft in Polen diesem Urteil eine Botschaft der Hoffnung
51 entgegensetzen, indem sich Tausende von ihnen auf öffentlichen Plätzen im ganzen
52 Land zu Protestaktionen zusammenschließen. Sie kämpfen für ein demokratisches
53 und weltoffenes Polen als Teil der Europäischen Union. Diesen pro-europäischen
54 Kräften sprechen wir unsere uneingeschränkte Solidarität aus und sichern ihnen
55 unsere Unterstützung zu.

56 Vor diesem Hintergrund und auf Grundlage unserer gemeinsamen europäischen Werte,
57 fordern wir Junge Europäische Föderalist:innen Deutschlands:

58 ● Eine aktive Unterstützung unserer Schwesterorganisation in Polen, um
59 zivilgesellschaftlich entschieden gegen das polnische Urteil vorzugehen.

60 ● Die polnische Regierung muss die verfassungsrechtliche Grundlage dafür
61 schaffen, dass der Vorrang des EU-Rechts uneingeschränkt gilt. Das Land muss
62 außerdem die Unabhängigkeit der Justiz wieder gewährleisten.

63 ● Die Europäische Union darf nicht tatenlos dabei zusehen, wie einzelne
64 europäische Staaten die gemeinsamen Werte einseitig aufkündigen. Sämtliche EU-
65 Finanzmittel an Polen sind mit sofortiger Wirkung einzufrieren, bis die
66 polnische Regierung den Vorrang des EU-Rechts gewährleistet.

- 67 ● Sollte sich Polen weiter von europäischen Grundprinzipien entfernen, sind
68 neben finanziellen auch institutionelle Sanktionen zu prüfen.

Begründung

erfolgt mündlich